



ÖBS 2.0 heißt jetzt Grundeinkommen

Von 2006 bis 2011 gab es in Berlin auf Initiative der PDS bzw. LINKEN einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Die Beschäftigten wurden nach Tarif entlohnt, mindestens aber erhielten sie den Landesmindestlohn. Einen Mindestlohn auf Bundesebene gab es damals noch nicht.

Mit dem ÖBS eröffneten sich für viele Menschen neue berufliche Perspektiven. Und es gab für sie gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, von der wir alle als Stadtgesellschaft profitierten: Fahrgastbegleiter, Stadtteilmütter, Kiezlotsen, Kinderbetreuung außerhalb der Kita-Öffnungszeiten und vieles mehr.

Mit der Idee des solidarischen Grundeinkommens knüpft der Regierende Bürgermeister an den Erfahrungen des Berliner ÖBS an. Auch er fordert nun, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zugleich stellt er die Hartz-Gesetze in Frage. Mit den Hartz-Gesetzen hat sich für viele das Armutrisiko erhöht. Menschen verlieren ihre Qualifikationen, weil sie jede Arbeit annehmen müssen.

Wer sich weigert, wird sanktioniert. Das solidarische Grundeinkommen - nichts anderes als ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt auf freiwilliger Basis - könnte mit dem sinnlosen Prinzip der Hartz-Gesetze brechen. Der Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit ist nach wie vor groß.

Damit wir in Berlin unter rot-rot-grün einen Neustart für einen solchen Arbeitsmarkt machen können, muss die Bundesregierung schnell erklären, unter welchen Bedingungen wir im Land öffentliche Beschäftigung fördern können. Wir brauchen einen Neustart, der längerfristige Arbeitsverhältnisse für Langzeitarbeitslose sichert und finanziert. Und der sozialversicherungspflichtige



Arbeitsplätze schafft, die tariflich entlohnt werden, für die wenigstens aber Mindestlohn gezahlt wird.

Elke Breitenbach
Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales

> Frust und Empörung

Die Auftaktveranstaltung zur Zukunft des „Blankenburger Süden“ geriet zum Debakel. Bezirk und Bürger*innen sind zu Recht empört.

Weiter auf Seite 3 und 5

> TVN Gespenst

Die Tangentialverbindung Nord ist ein Gerippe aus der Geisterbahn der Verkehrspolitik. Nun wird damit beim „Blankenburger Süden“ wieder geklappert.

Weiter auf Seite 5

> Schulbau

Der Sanierungsstau bei den Schulen ist riesig. Zudem braucht Berlin über 60 neue Schulen. Wie das gehen soll?

Weiter auf Seite 6

> **Fensterposse**

Auf Initiative der Linksfraktion und der SPD beschloss die BVV, dass die seit Jahrzehnten bestehenden Fenster in der südlichen Hauswand des Wohnhauses in der Kollwitzstraße 69 nachträglich genehmigt und die bestehende Nutzung des Grundstücks Kollwitzstraße 67 als öffentliche Grünfläche – inklusive des Bestandes der stadtbildprägenden »Langen



Bank« – dauerhaft abgesichert werden. Diese Fenster zuzumauern, nur weil in der DDR keine nach heutigem Baurecht nötige Baulasteintragung erfolgt ist, wäre eine üble Verwaltungsposse.

> **Spielplätze**

Die Umsetzung der bereits bestehenden Spielplatzplanung hat Vorrang vor der Beauftragung weiterer externer Gutachten zur Spielplatzplanung. Ein entsprechender Antrag von Linksfraktion und SPD wurde einstimmig bei einer Enthaltung von der BVV beschlossen. »Der Sinn der Finanzierung von Gutachten, die einen großen Bedarf an Spielplätzen feststellen, ist zweifelhaft, wenn zugleich die Mittel für die Realisierung fehlen«, so Paul Schlüter, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Auf Antrag der Linksfraktion sind im Pankower Haushalt deutlich mehr Mittel für die Sanierung von Spielplätzen eingeplant.

Einladung BVV-Sitzung

am 6. Juni 2018

> **16. Tagung der BVV Pankow**
17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal,
in der Fröbelstraße 17

Antidemokratischer Blockadeversuch

Aus der 14. Tagung der BVV Pankow am 21. März

Die 14. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow war geprägt von der Debatte über den »Blankenburger Süden« (siehe Seite 3 und 5) und vom Versuch der AfD, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu blockieren.

Überweisungen werden gebündelt und Anträge, zu denen kein Redebedarf besteht, zur Abstimmung gestellt. Dieses parlamentarische Instrument bezieht konsensual alle Fraktionen und Gruppen gleichberechtigt ein und stärkt Minderheiten. Das ist



Ehemaliger Güterbahnhof Pankow

Zunächst teilte Sören Benn, Bezirksbürgermeister von Pankow (DIE LINKE), in seinem Bericht an die BVV mit, dass Pankow kein »Schuldenbezirk« mehr ist. Pankow hatte zwar 2002 Sozialhilfe rechtmäßig gezahlt, aber die falsche Verwaltungssoftware genutzt. Das Land Berlin stellte daraufhin dem Bezirk 29 Millionen Euro als »Schulden« in Rechnung. Seitdem galten strikte Auflagen zu deren Abbau. Dringliche Investitionen konnten nicht erfolgen. Daran wird Pankow noch lange knabbern.

Der Bezirksbürgermeister berichtete zudem von seinen Bemühungen, mit dem Investor Kurt Krieger eine Vereinbarung über das »Pankower Tor« abzuschließen. Nun deutet sich endlich eine Lösung an, die den Bau von dringend benötigten Wohnungen und Schulgebäuden auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Pankow beinhaltet.

Wegen der AfD durfte die BVV »nachsitzen«. Die AfD blockierte die sog. Konsensliste. Die Liste dient dazu, die Tagungen der BVV zu strukturieren und zu möglichst vielen Vorgängen Beschlüsse zu fassen.

der AfD aber egal. Statt Konsensliste gab es zeitraubende namentliche Abstimmungen. Die AfD wollte sich dafür rächen, dass ihre substanzlosen oder inhaltlich falschen Anträge meist sofort durch die BVV abgelehnt und nicht durch deren Ausschüsse »qualifiziert« werden.

Mit der Ablehnung von Anträgen üben wir jedoch die ganz normale Arbeit eines Parlamentes aus. Wenn die AfD nicht in der Lage ist, entsprechend dem Wählerauftrag zu arbeiten, werden wir ihr diese Arbeit nicht abnehmen. Letztlich hat sich die AfD mit dem Blockadeversuch selbst entlarvt: Sie nimmt ihre Verantwortung nicht wahr und bekämpft demokratische Institutionen. »Dank« der AfD blieben viele Beratungspunkte bei der Tagung unbearbeitet und mussten bei einer zusätzlichen Sitzung der BVV am 18. April beraten werden.



Matthias Zarbock
Vorsitzender der
Linksfraktion

Frust und Empörung

Fehlstart der Bürgerbeteiligung zum „Blankenburger Süden“

Das geplante Neubauquartier „Blankenburger Süden“ auf den Ackerflächen zwischen Blankenburg, Malchow und Heinersdorf ist das bedeutsamste Wohnungsbauvorhaben Berlins. Dementsprechend hatten sich die Verantwortlichen aus Politik und

Die Bürger wurden mit Ideen überrascht, von denen zuvor nicht die Rede war. Auch in den öffentlichen Dokumenten des Senats, des Bezirksamtes und der parlamentarischen Gremien kamen diese nach ihrer Wahrnehmung bis dahin

gab es sicher auch. Aber das zentrale Problem ist, dass die Verwaltungen unter neuer Planungskultur das Fortschreiben alter Pläne verstehen. Diese sollen jetzt in einem aufwendigen Beteiligungsprozess mit stark ausgedehnten Informations- und Erklärungsformaten eingebettet werden, um Akzeptanz zu erreichen. Die in der Bürgerversammlung vorgestellten Planungsideen waren nicht neu. Sie sind dem Grunde nach schon in der vorherigen Legislaturperiode entwickelt worden.

Eine partizipative demokratische Planung zur Entwicklung einer städtebaulichen Grundkonzeption muss jedoch ergebnisoffen sein. Da kann man Bürgern beim Beteiligungsstart nicht drei Bebauungsvarianten mit neuen, unbegründeten Wohnungszielzahlen als Beratungsbasis anbieten, deren Realisierung tiefe Einschnitte in ihre Lebensumstände bedeuten würde. Es geht nicht nur um Akzeptanzgewinn, sondern um tatsächliche Mitgestaltung.

Nach diesem Crash ist ein echter, ehrlicher Neustart erforderlich. Verlorenes Vertrauen muss zurückgewonnen werden. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass der Planungs- und Beteiligungsprozess prioritär auf die Entwicklung des neuen Wohngebietes und die damit verbundenen Erschließungs- und Infrastrukturfragen konzentriert wird. Dazu gehören Verkehrslösungen für die Ortskerne von Heinersdorf und Blankenburg, nicht aber die Wiederbelebung der Planung für die Tangentialverbindung Nord. Gemeinsam mit den Bewohnern und Nutzer sind sichere Langfristperspektiven für die Erholungsanlagen zu erarbeiten.

Die Bürger wissen, dass sich vieles in Blankenburg und Heinersdorf verändern wird. Sie wollen die Veränderung auf Augenhöhe mitgestalten, damit diese auch Vorteile für ihre zukünftige Lebensqualität bringt. Hier muss Rot-Rot-Grün zeigen, dass Stadtentwicklung anders geht: transparent und partizipativ.



Michail Nelken
Mitglied des
Abgeordnetenhauses



Erholungsanlage Blankenburg in Aufruhr

Verwaltungen einen transparenten Planungsprozess mit einer vorbildlichen Bürgerbeteiligung vorgenommen. Über ein Jahr hatte man dies gemeinsam mit zahlreichen Bürgervertretern aus den umliegenden Ortsteilen vorbereitet. Und dann geriet die Auftaktveranstaltung Anfang März mit 700 Teilnehmern zum Debakel: Empörung, Frust, Ratlosigkeit.

nie vor. Kristallisationspunkte der Empörung waren zum einen die Verdoppelung der Wohnungsanzahl - statt 5.000 bis 6.000 nun ca. 10.000 - und zum anderen die teilweise oder gänzliche Überbauung der Erholungsanlagen Blankenburg und Familiengärten.

Nach der Bürgerversammlung war viel von Kommunikationspannen die Rede. Die

Krieg gegen Kurden

Türkische Eroberungen in Syrien stoßen bei der EU nicht auf Kritik

Die türkische Armee hat nach heftigen Gefechten die mehrheitlich von Kurden und Kurden bewohnte Stadt Afrin im Nordwesten Syriens besetzt, ihre Panzer marodieren weiter durch den Norden des Landes. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan beschreibt die Organisationen YPJ und YPG als „Terroristen“. Um seine Verbrechen zu legitimieren, bezeichnet Erdogan alle kurdischen Organisationen, andere ethnische Minderheiten, sozialistische Vereinigungen, Journalistinnen und Journalisten, Akademikerinnen und Akademiker, alle, die auf türkischem Boden zu kritischem Denken neigen, als „Terroristen“. Wenn er nun sagt, dass die Entwicklung im Norden Syriens eine Gefahr darstelle, so ist dies nur ein Vorwand für den Angriff auf kurdische Demokratiebestrebungen. Als der IS noch in der Region agierte, war das anders; ihm lieferten seine Sicherheitskräfte Waffen.

Journalistinnen und Journalisten, die dies aufdeckten, wurden inhaftiert oder sie mussten fliehen.

Die zahlreichen Waffenlieferungen an die Türkei, insbesondere aus Deutschland als Vorreiter im europäischen Waffenhandel, hätten eingestellt werden müssen. Die NATO, ein selbsternanntes „ethisches Bündnis“, hätte eine Warnung aussprechen müssen. Doch die EU sieht sich lediglich in der Position eines Beobachters, schaut zu, wie Erdogan internationales Recht bricht, wie er weiter Öl ins Feuer des Krieges gießt. Das Schweigen der EU-Regierungen angesichts des Vormarsches der türkischen Truppen ist



Für Kinder in Syrien ist der Krieg ein Teil ihres Lebens
UNICEF/UNO03442/ZAYAT

dröhnend. Aber das Schweigen darf nicht anhalten. Es ist falsch, internationales Recht zu brechen und auf Menschenrechte zu spucken. Egal, wo es passiert. Egal, wer es tut.



Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

+++ Kurz aus dem Kiez +++ Kurz aus dem Kiez +++ Kurz aus dem Kiez +++

> **Tariferhöhung**

Auf Initiative von LINKEN und SPD beschloss die BVV, dass die tarifgerechte Bezahlung der freien Träger weiterhin Ziel des Bezirks ist. Ermöglicht werden soll dies durch Anpassungen im Haushalt. Bei den zuwendungsgeförderten Projekten in den Bereichen Soziales, Gleichstellung, Demokratie, Integration und Jugend muss allerdings nachgearbeitet werden.

> **Bassy Club**

Der legendäre Bassy Club am Pfefferberg auf der Schönhauser Allee schließt nach 20 Jahren seine Pforten. Ende April verabschiedete er sich mit einer einwöchigen Party. Die Trauergemeinde der Nachtschwärmer*innen und Liebhaber*innen nicht-elektronischer Musik ist groß.

> **Nazi-Streife**

Vorsicht: Die NPD schickte jüngst ihre „nationale Kiezstreife“ durch Karow, um auf angebliche Gewalt von Nichtdeutschen aufmerksam zu machen. Weder wir noch die Polizei wollen diese angebliche Bürgerwehr dulden. Wer etwas sieht, bitte sofort die Polizei rufen.

> **MUF**

Der Senat hat weitere Standorte für die Errichtung modularer Flüchtlingsunterkünfte (MUF) beschlossen. Darunter ein MUF in der Rennbahnstraße und eins auf dem Vivantes Gelände in der Fröbelstraße.

> **TXL**

Der Senat will den Volksentscheid vom September 2017 zum Weiterbetrieb des Flughafens Tegels nicht umsetzen.

Die finanziellen und rechtlichen Folgen sprechen dagegen. Das finden wir gut. Pankow's Wähler*innen hatten sich mehrheitlich gegen den Weiterbetrieb ausgesprochen.



»Blankenburger Süden«

BVV berät über Zukunft des Wohnquartiers

Bei der Auftaktveranstaltung zum »Blankenburger Süden« Anfang März stellten die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Verkehr überraschende Entwicklungsvarianten für die Zukunft des neuen Wohnquartiers vor. Planungen mit sehr viel größerem Umfang, die Bebauung von Erholungsanlagen und umstrittene Verkehrslösungen waren auch den Kommunalpolitiker*innen nicht bekannt und haben auch bei ihnen Ablehnung hervorgerufen.

Nachdem in intensiven Verhandlungen der Pankower Zählgemeinschaft aus LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zunächst kein gemeinsamer Antrag entwickelt werden konnte, wurde im zuständigen Ausschuss eine Einigung erzielt. Der Antrag fordert, die Bebauung auf das ursprüngliche

Kerngebiet zu beschränken, keine Wohnbebauung auf Kleingarten- und Erholungsanlagen zuzulassen und lehnt die Tangentialverbindung Nord ab. Eine Zielzahl für die zu bauenden Wohneinheiten wird nicht gefordert. Wenn allerdings die ursprünglichen Pläne, die 5800 Wohnungen vorsahen, wieder verfolgt werden, müssen die geforderten Kriterien (siehe oben) erfüllt werden.

Wir hoffen, dass der Wille der Mehrheit in der BVV Pankow auf Landesebe-



Blankenburger Riesefeld



ne gehört wird und nun eine wirkliche Alternativplanung auf den Tisch kommt.

Matthias Zarbock
Vorsitzender der Linksfraktion

Das Phantom

TVN löst kein Verkehrsproblem

Die Tangentialverbindung Nord (TVN) ist ein weiteres Gerippe aus der Geisterbahn der Berliner Verkehrspolitik, das ab und an als angeblich neueste Sau durchs Dorf getrieben wird. So wie jetzt im Zusammenhang mit dem Vorhaben »Blankenburger Süden«. Zeit, die Erinnerung aufzufrischen.

Die TVN, wie die Tangentialverbindung Ost, tauchte 1994 in der »Verkehrsplanung für Berlin« auf, einer Erläuterung zum immer noch gültigen Flächennutzungsplan. Es handelt sich um eine vierspurige Stadtstraße von über 50 Meter Breite, vergleichbar mit einer Stadtautobahn. Ihr Zweck war die »leistungsfähige« Verbindung von Reinickendorf und Marzahn mit den drei großen Radialen (B 96a, A 114, B 2) im Nordostraum. Gedanklicher Hintergrund ist die Idee eines Straßenringes zwischen Autobahnenring (A 100) und Außenring (A 10) aus einer Zeit, in der Städte autogerecht ausgerichtet wurden. Erschließungsfunktion hat die TVN



Krugstege / Bahnhofstraße in Blankenburg

nur nebenbei, quasi als Mitnahmeeffekt, da sie so wenig wie möglich Kreuzungen aufweisen sollte.

Diese Funktion wird jedoch, wann immer von der TVN die Rede ist, herausgestellt, so wie jetzt in Blankenburg. Das ist das Gebaren von Staubsaugervertretern, denn es geht nur darum, mit einer Salami-taktik den Leuten wenigstens Teilstücke dieser Straße zu verkaufen, die aber keines der realen Probleme angeht.

Für eine wirkliche Entlastung des Verkehrs zwischen Heinersdorf und Buch wäre mindestens der Bau einer Parallel-

straße zur bestehenden Achse, vor allem aber der Ausbau des ÖPNV – zum Beispiel der Verlängerung der S 75 von Wartenberg her mindestens zur Sellheimbrücke – notwendig statt, einem Kreuzungsbahnhof im Nichts. Die Mobilitätsansprüche der Bevölkerung und die Vorstellungen der Kommunalpolitik sind längst im neuen Jahrtausend angekommen, die Senatsverkehrsverwaltung noch lange nicht.



Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

**> Erfolgsprojekt
Gemeinschaftsschule**

Mit der geplanten Änderung des Schulgesetzes wird die Gemeinschaftsschule künftig schulstufenübergreifende Regelschulart. Damit ist auch die Tür für die Gründung neuer Gemeinschaftsschulen weit offen, auch für die neu zu bauenden Schulen.

Gemeinschaftsschulen verstehen sich von Beginn an als inklusive Schulen, die alle Schüler*innen in ihrer Vielfalt fördern



Humboldt-Gemeinschaftsschule am Humannplatz

und damit auch den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln.

Die wissenschaftliche Begleitung hat dies eindrücklich bestätigt, indem die Bildungserfolge besonders auch für die inklusiv arbeitenden Lerngruppen nachgewiesen wurden. Hier können alle erfolgreich lernen: hochbegabte Kinder wie auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Einheitsschule im besten Sinne, nämlich in dem, wie sie Wilhelm von Humboldt schon in seinem Schulgesetzentwurf für Preußen von 1819 forderte, eine Einheitsschule, die jedes Kind individuell fördert. Nicht umsonst hat sich ja eine der erfolgreichsten und übernachgefragten Gemeinschaftsschulen im Prenzlauer Berg diesen Namen gewählt.

Nach zehn Jahren wird nun den Erfolgen Rechnung getragen, die die Gemeinschaftsschulen erreichten. Sie hat bestanden, mit guten und sehr guten Noten. Deshalb, und weil die Gemeinschaftsschule eine Antwort auf die bisher ungelösten

Aufgaben in der Bildung ist, kann und soll sie jetzt Regelschule werden.



Regina Kittler
Mitglied des
Abgeordnetenhauses

Neue Schulen

Mit Hilfe der HOWOGE

Der Sanierungsstau bei den Berliner Schulen ist riesig. Zudem wächst die Zahl der Schüler*innen rasant. 60 neue Schulen werden gebraucht. 5,5 Milliarden Euro werden dafür in den der nächsten zehn Jahren gebraucht. Diese Mammutaufgabe geht die rot-rot-grüne Koalition mit Hilfe



Panke-Schule in der Galenusstraße 64 soll auch erweitert werden.

des landeseigenen Wohnungsbauunternehmens HOWOGE an. Sie soll einen Teil der Schulen bauen und sanieren.

Die Summe, die dafür gebraucht wird, kann aus dem Landeshaushalt allein nicht gestemmt werden. Kredite sind nötig. Aufgrund der Schuldenbremse darf sich Berlin ab 2020 nicht neu verschulden. Die HOWOGE hingegen ist nicht von der Schuldenbremse betroffen.

Das Vorhaben hat in den letzten Monaten für viel Diskussion gesorgt. Sogar der Vorwurf der Privatisierung der Schulen wurde laut. Dabei gehört die HOWOGE zu 100 Prozent dem Land Berlin. Die Grundstücke, auf denen gebaut werden soll, gehören ebenfalls dem Land bzw. den Bezirken. Die HOWOGE bekommt für eine gewisse Zeit das Erbbaurecht an den Grundstücken. Sie darf hierauf Schulen bauen. Nach Ablauf des Erbbaurechtes gehen Grundstücke und Gebäude belastungsfrei in das Vermögen der

Bezirke zurück. Zwischendurch bezahlt das Land Miete an die HOWOGE. Mit diesem Geld bedient sie wiederum die aufgenommenen Kredite. Diese Kreditaufnahme muss u.a. zu vergleichbaren Zinssätzen und Laufzeiten erfolgen, die auch dem Land Berlin zustünden.

Dafür braucht die HOWOGE Sicherheiten. Wir haben erreicht, dass die Erbbaurechte nicht als Sicherheiten für Kredite herangezogen werden. Stattdessen ga-

rantiert Berlin gegenüber den Banken die Mietzahlungen an die HOWOGE und verzichtet auf Einreden dagegen.

Wir als Linksfraktion im Abgeordnetenhaus werden das Vorhaben genau kontrollieren. Das Abgeordnetenhaus wird über die Vergabe der Erbbaurechte entscheiden. Mustererbbaurechtsverträge und Grundlagenvereinbarungen werden veröffentlicht. Der Schulbau wird gegenüber dem Kerngeschäft der HOWOGE mit einem eigenen Rechnungskreis abgeschirmt, über den genauso wie über Planungsstände öffentlich berichtet wird. Für die Linksfraktion ist eine Privatisierung von Schulen ausgeschlossen und für die rot-rot-grüne Koalition in Berlin ebenso.



Steffen Zillich
Mitglied des
Abgeordnetenhauses

SPRECHSTUNDE
mit **Katrin Seidel**



Di 12-13 Uhr: 8. Mai und 5. Juni
im Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf
Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin,
post@katrinseidel.berlin

WORTWECHSEL
IM BÜRGERBÜRO

Mi 6.6.2018, 18 Uhr

DEINE DATEN.
DEINE RECHTE.

DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG
Vortrag und Diskussion
Der Digitale Gesellschaft e.V. informiert
über die neuen EU-Datenschutzregeln

Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf
Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
buergerbuerolinke@posteo.de

Eintritt frei / Barrierefrei



★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

7. Mai • 18 Uhr Basistag DIE LINKE. Pankow zum Blankenburger Süden mit **StS Sebastian Scheel**, Kleine Alexanderstr. 28 (U Rosa-Luxemburg-Platz)

12. Mai • 14 Uhr Denkmaltour von Helle Panke, „Ein Rundgang auf den Spuren von Marx in Berlin“, Zum 200. Geburtstag von Karl Marx, Luisenstr. 60 (Nähe Charité)

14. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

• 19 Uhr Diskussion/Vortrag von Helle Panke: „Mao, der Verfassungsschutz und die 68er-Revolute. Wie der VS am Vorabend von 1968 den Maoismus verbreitete“, Café Morgenrot, Kastanienallee 85 (Nähe Oderberger Str.)

26. Mai • 12 Uhr Infostand DIE LINKE. Pankow am S und U Schönhauser Allee

28. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

29. Mai • 19 Uhr Diskussion „Bedingungsloses Grundeinkommen“ versus „Solidarische Mindestsicherung“, u.a mit Prof. Erika Maier, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

2. Juni • 13 Uhr „Fete bei Käthe“, Kinderfest DIE LINKE. Pankow auf dem Kollwitzplatz

2./3. Juni • 10 Uhr Infostand DIE LINKE. Pankow bei den Buchholzer Festtagen, Hauptstr./Parkstr. (Französisch Buchholz)

4. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

6. Juni • 19 Uhr Diskussion/Vortrag von Helle Panke: „Von den Qualen, die staatssozialistische Moderne zu denken“ mit Prof. Dr. Michael Brie, Max-Lingner-Haus, Beatrice-Zweig-Str. 2 (Nähe Heinrich-Mann-Platz)

11. Juni • 18 Uhr Basistag DIE LINKE. Pankow, Kleine Alexanderstr. 28 (U Rosa-Luxemburg-Platz)

18. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

23. Juni • 12 Uhr Fest der LINKEN, Rosa-Luxemburg-Platz

DIE LINKE. hilft!

Sozial- und Mietenberatung
Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
buergerbuerolinke@posteo.de

Do 17-18 Uhr: 3.5./17.5./31.5./14.6.



BÜRGERBÜRO
Carola Bluhm – Katrin Seidel – Udo Wolf

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



Wahlkreisbüro
Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
stefan.liebich@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408 / 409

Ansprechpartner:
Talita Gergely / Diren Yapar



DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de

Eine Leere, die bleibt

Manfred, frisch von einer Reise zurückgekehrt, poltert voller Vorfreude auf den Stammtisch in die Gaststube des „Eisernen Gustav“. Mit einem Hieb seiner Faust auf die blankgewienerte Tischplatte grüßt er in die Runde.

Doch das Echo ist verhalten. „Komm setz Dich und sei einfach ma still“, mahnt Kurt den Neuankömmling. Der stutzt. Seine Freunde sitzen schweigend beieinander und machen ein Gesicht wie sieben Tage Regenwetter, obwohl die Debatte über die aus ihren Fugen geratene Welt längst mit Karacho geführt werden müsste. Noch

verwirrender ist die Tatsache, dass jeder vor sich ein Glas Apfelsaft zu stehen hat – kein Bierchen, kein Piccolo.

Und dann fällt ihm auf, dass ein Platz leer ist. „Wo is ´n Klaus?“ Stille. „Klaus kommt nicht mehr, heute nicht und auch nicht mehr in Zukunft“, hört er die Stimme der Wirtin hinter sich. Er dreht sich um und kriegt noch mit, wie sie sich etwas verstohlen eine Träne aus dem Auge reibt. Manfred lässt sich auf seinen Platz fallen. „Einen Apfelsaft, bitte“, ordert er im besten Hochdeutsch. Komisch, jetzt wo Klaus nicht mehr da ist, klappt das plötz-

lich. Dabei hatte sich sein Freund immer etwas irritiert gezeigt, wenn er losberlinert hat. Lehrer eben. Aber vor allem ein ganz feiner Kerl. Saß immer stolz im Publikum, wenn seine Frau mit dem Konzertchor Berliner Pädagogen einen Auftritt hatte. War viele Jahre bei den Nord-Lichtern

Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81
 www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de
 V.i.S.d.P.: Sebastian Koch
 Redaktionsschluss: 19. April 2018
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 3.400
 Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 15. Juni 2018.
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.
 Fotos: Katina Schubert, DIG, Michael van der Meer, Hartmut Seefeld, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Sandra Kaliga, Michail Nelken, David Danys, Peter Born, Sandra Brunner
 Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
 IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
 BIC: DEUTDE33HAN
 Bank: Berliner Bank
 Verwendungszweck: 505 - 810



und engagierte sich für „sein“ Französisch Buchholz. Er blieb ein aufrichtiger Genosse, egal ob seine Partei wieder mal einen neuen Namen für sich deklamierte... Und schrieb fleißig in der „extraDrei“ über ihre Stammtischdebatten.

Manfred nippte am Apfelsaft und wandte sich der Wirtin zu: „Bring uns bitte noch fünf Korn“. „Fünf“? „Ja, ein letztes Mal.“

HaSe

★ leicht ★ **SUDOKU – Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 7 | 5 | 1 | | | 8 | | | |
| | | | | 9 | 5 | | | |
| | 8 | | | | | 2 | 4 | |
| | | | | | | 5 | 3 | 4 |
| | | | 3 | 7 | 1 | | | 6 |
| 8 | 3 | 9 | | 6 | | | | |
| 2 | | | | | 6 | | | |
| | | | | | | 6 | 2 | 3 |
| 5 | 6 | | 4 | | 7 | | 1 | |

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 8 | | 5 | | 2 | 1 | | |
| | 7 | | | 6 | | | | |
| | 1 | | | 7 | | 8 | 9 | |
| 9 | | | 1 | 5 | | | | |
| 8 | | | | | | 3 | 2 | |
| 5 | | | | 2 | | | 6 | |
| | | | | 3 | | | | 9 |
| | | 6 | | | | | 4 | 3 |
| | | 2 | | | 7 | | | |

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.